DZA | Deutsches Zentrum für Altersfragen

DZA-Fact Sheet

Parteipräferenzen der 46- bis 85-Jährigen

Marvin Reis & Daniela Klaus
Deutsches Zentrum für Altersfragen

02. Dezember 2020

Kernaussagen

1. Zwischen 2002 und 2017 nimmt unter den 46- bis 85-Jährigen die Identifikation mit den großen Volksparteien, insbesondere mit der SPD deutlich ab. Parallel dazu erhalten kleinere Parteien zunehmend mehr Zustimmung. Der Anteil von Personen ohne Parteipräferenz liegt konstant bei etwa einem Viertel.

2. Die 76- bis 85- Jährigen präferieren vergleichsweise häufig die traditionellen Parteien (CDU/ CSU, SPD sowie FDP). Im Vergleich dazu fallen bei den 46- bis 55-Jährigen die Anteile in historisch jüngeren Parteien vergleichsweise groß aus (Bündnis 90/Die Grünen, AfD, andere kleine Parteien). Der Anteil derer ohne Parteipräferenz ist in der ältesten Gruppe halb so groß wie in der jüngsten Altersgruppe.

3. Substanzielle Geschlechterunterschiede in den Parteipräferenzen zeigen sich nicht. Männer neigen etwas häufiger zu kleineren Parteien (AfD, Die Linke, FDP), während sich Frauen etwas häufiger mit keiner Partei identifizieren.

4. In Westdeutschland findet sich die Identifikation mit den lang bestehenden Parteien deutlich häufiger als in Ostdeutschland. Dort erfahren stärker links- sowie rechtsorientierte Parteien einen größeren Zuspruch (Die Linke und die AfD). Personen in ländlichen Gemeinden präferieren häufiger CDU/CSU und AfD.

5. Die SPD erfährt als einzige Partei in allen Bildungsgruppen gleich starke Zustimmung. Personen ohne Berufsabschluss präferieren vergleichsweise häufiger CDU/CSU und AfD; Personen mit Berufs- oder Universitätsabschluss häufiger das Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die FDP.

6. Personen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, haben vergleichsweise häufiger keine Parteipräferenz oder präferieren die AfD oder Die Linke.

7. Die geringste Lebenszufriedenheit weisen die Personen auf, die sich mit einer der nicht weiter ausdifferenzierten Kleinstparteien oder der AfD identifizieren.

8. Personen ohne Parteipräferenz leben in Haushalten mit dem geringsten Durchschnittseinkommen. Personen mit FDP-Präferenz geben das höchste Durchschnittseinkommen an.

Die Identifikation mit einer politischen Partei spielt in der Wahlforschung eine große Rolle, denn sie ist eine wichtige Determinante für die tatsächliche Wahlentscheidung am Wahltag. Zwar muss die Parteiidentifikation nicht die direkte Wahlentscheidung bedeuten, dennoch hat sie einen großen Einfluss darauf (Marcinkiewicz 2019). Nach einem bis heute einflussreichen Zweig der empirischen Wahlforschung wird Parteiidentifikation definiert als: „psychological identification, which can persist without legal recognition or evidence of formal membership and even without a consistent record of party support“ (Campbell et. al. 1960:121). Im deutschsprachigen Raum finden auch die Bezeichnungen Parteipräferenz oder Parteibindung Anwendung. Bei älteren Menschen wird eine stabilere und langfristigere Identifikation mit einer Partei erwartet, als bei jungen Menschen, was im Wesentlichen durch eine zumeist finanziell abgesicherte Lebenssituation sowie eine längere Sozialisierung mit den gesellschaftlichen Umständen erklärt wird (z. B. Searing et. al. 1972; Sears & Funk 1999). Diese langfristige ‚Bindung‘ älterer Menschen an eine Partei kann dabei zur Stabilisierung des Parteiensystems beitragen. Sie kann jedoch auch mobilisierungshemmend und somit einer Modernisierung überholter Systeme entgegenwirken (Marcinkiewicz 2019).

In diesem Beitrag wird die Parteipräferenz von Personen in der zweiten Lebenshälfte beschrieben. Dabei wird einerseits ihre Entwicklung zwischen 2002 und 2017 betrachtet. Andererseits werden für das Jahr 2017 mögliche Unterschiede nach zentralen demografischen und sozio-ökonomischen Merkmalen untersucht: Alters- und Geschlechterunterschiede, regionale Differenzen, sowie Unterschiede nach Bildungsniveau, Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, nach Lebenszufriedenheit und nach Einkommen.

Datengrundlage sind fünf Erhebungswellen (2002, 2008, 2011, 2014, 2017) des Deutschen Alterssurveys – einer bevölkerungsrepräsentativen Langzeitstudie, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die untersuchten Stichproben enthalten sowohl Erstbefragte als auch Befragte, die wiederholt an der Studie teilgenommen haben. Betrachtet werden Personen im Alter von 46 bis 85 Jahren.

Berichtet werden durchweg gewichtete Befunde. Diese lassen sich für die Jahre zwischen 2008 und 2017 als repräsentativ für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung Deutschlands verstehen. Abweichend hiervon erfasst die Erhebungswelle 2002 nur die deutsche Wohnbevölkerung, weshalb die Befunde für das Jahr 2002 nur für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gelten (für mehr Informationen zur Studie sowie zu den Stichproben: Klaus et al. 2017; Klaus, Engstler & Vogel 2019).

Die Parteipräferenz wird im Deutschen Alterssurvey erhoben, indem gefragt wird, ob man einer bestimmten Partei zugeneigt ist: *„Viele Menschen in Deutschland neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, auch wenn sie ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“* Die befragten Personen können zwischen verschiedenen Parteien wählen oder auch angeben: „Nein, ich neige keiner Partei zu.“

1. Wandel der Parteipräferenz zwischen 2002 und 2017

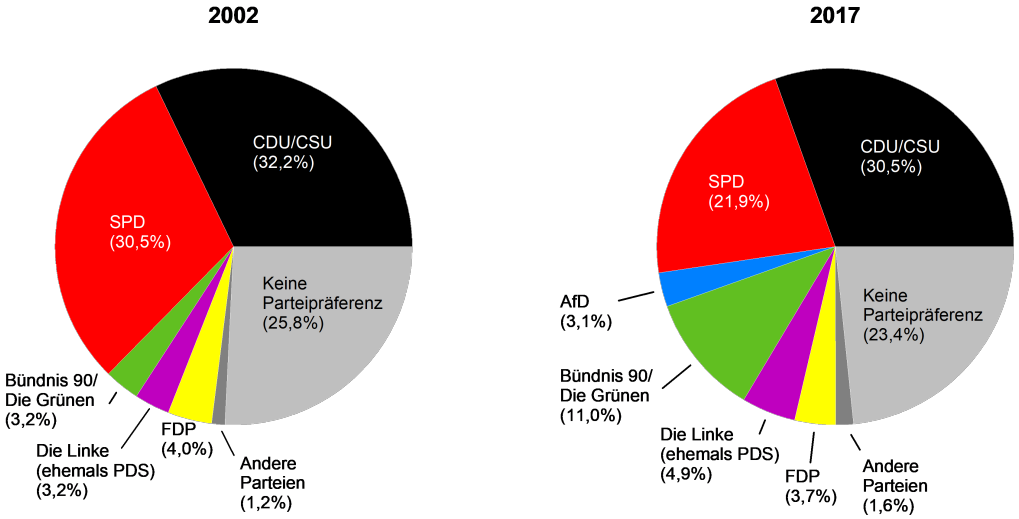
Wie hat sich die Parteipräferenz über die Zeit hinweg verändert? Abbildung 1 zeigt, dass die beiden großen Volksparteien im Jahr 2017 zwar nach wie vor die größte Präferenz unter den 46- bis 85-Jährigen genießen: CDU/CSU = 30,5 Prozent, SPD = 21,9 Prozent. Jedoch haben sie gegenüber 2002 an Bedeutung eingebüßt: Vor allem die SPD (30,5 Prozent), nur leicht die CDU/CSU (32,5 Prozent).

Dieser Rückgang geht weitgehend auf die gestiegene Präferenz kleinerer sowie neu gegründeter Parteien zurück. Vor allem das Bündnis 90/Die Grünen haben zwischen 2002 und 2017 bei den 46- bis 85-Jährigen deutlich an Zuspruch gewonnen. Ihr Anteil ist von 3,2 Prozent auf 11,0 Prozent gestiegen.

Aber auch Die Linke erhält mehr Zustimmung (von 3,2 Prozent auf 4,9 Prozent) ebenso wie die AfD, die 2013 gegründet wurde und 2017 von 3,1 Prozent präferiert wird. Die Anteile der FDP sind 2002 (4,0 Prozent) und 2017 (3,7 Prozent) nahezu gleich groß, nachdem die Partei zwischenzeitlich an Zustimmung verloren hatte (mit einem Tiefstwert von 1,9 Prozent im Jahr 2014). Andere, hier nicht weiter ausdifferenzierte Kleinstparteien weisen insgesamt durchweg nur sehr geringe Anteile zwischen 1,1 Prozent (2014) und 1,6 Prozent (2017) auf.

Etwa ein Viertel der 46 bis 85-Jährigen gibt an, sich mit keiner Partei zu identifizieren, wobei es zwischen 2002 und 2017 zu einem leichten Rückgang dieses Anteils gekommen ist.

Abbildung 1: Parteipräferenz 46-85 Jähriger von 2002 bis 2017 (in Prozent)



Parteipräferenz	2002	2008	2011	2014	2017
CDU/CSU	32,2	31,5	30,5	32,1	30,5
SPD	30,5	26,2	27,7	24,9	21,9
AfD	--	--	--	2,6	3,1
Bündnis 90/Die Grünen	3,2	6,6	12,1	10,2	11,0
Die Linke (ehemals PDS)	3,2	4,8	4,6	5,8	4,9
FDP	4,0	4,4	2,9	1,9	3,7
Andere Parteien	1,2	1,2	1,2	1,1	1,6
Keine Parteipräferenz	25,8	25,4	21,1	21,4	23,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

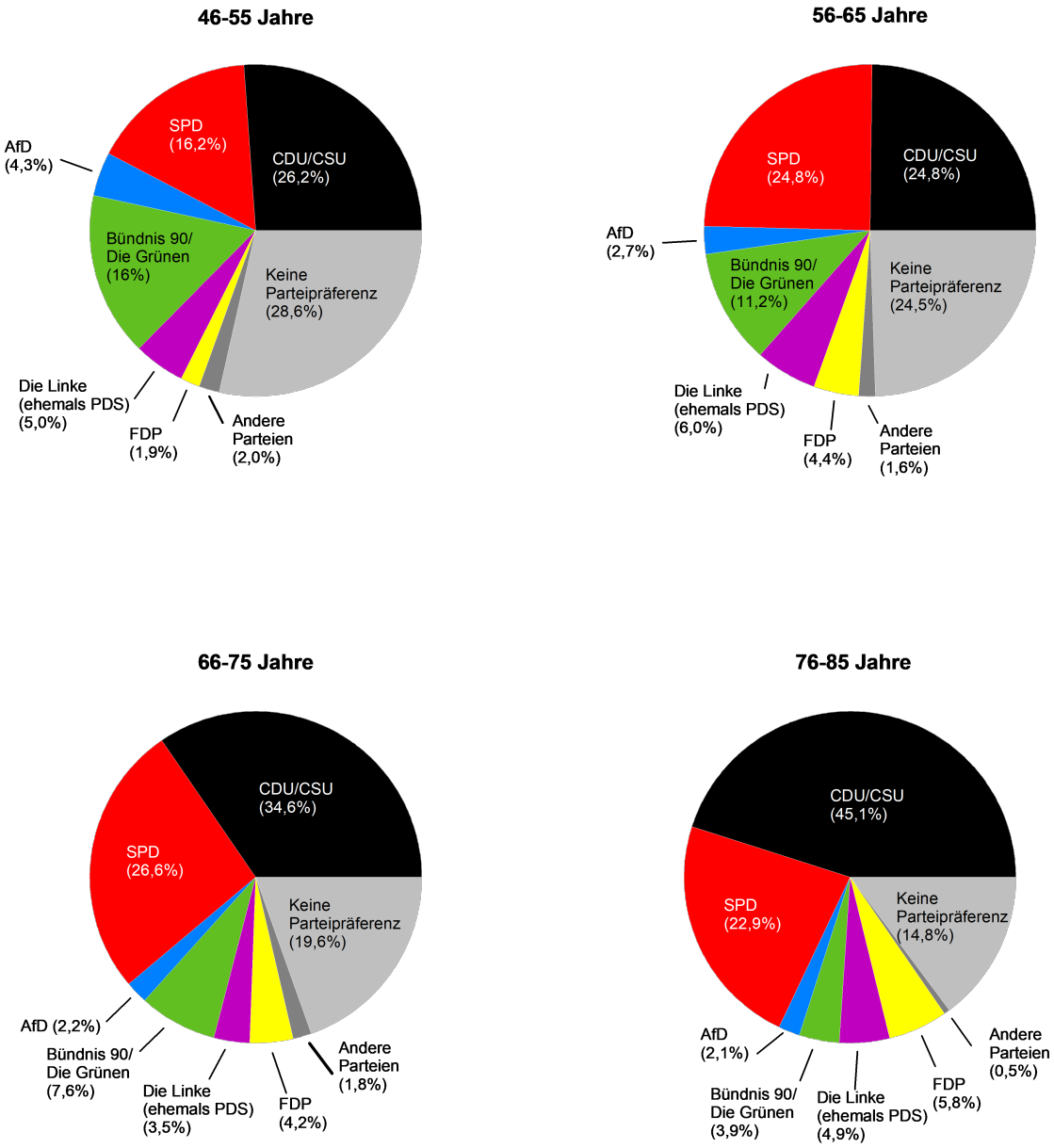
Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n2002: 3.974; n2008: 5.343; n2011: 3.614; n2014: 7.186; n2017: 5.170)

2. Altersgruppenunterschiede in der Parteipräferenz

Abbildung 2 zeigt die Parteipräferenz getrennt nach Altersgruppen. Ein zentraler Befund ist, dass in höheren Altersgruppen vor allem die Präferenz der etablierten Parteien deutlich höher ist als in jüngeren Altersgruppen. Das zeigt sich für die SPD (76- bis 85-Jährige = 22,9 Prozent, 46- bis 55-Jährige = 16,2 Prozent), am deutlichsten jedoch für die CDU/CSU (76- bis 85-Jährige = 45,1 Prozent, 46- bis 55-Jährige = 26,2 Prozent) sowie die FDP (76- bis 85-Jährige = 5,8 Prozent, 46- bis 55-Jährige = 1,9 Prozent). Anders formuliert: Fast drei Viertel der ältesten betrachteten Personen identifizieren sich mit einer der drei traditionellen, historisch ältesten Parteien Deutschlands (76- bis 85-Jährige = 73,8 Prozent) – im Vergleich zu weniger als der Hälfte der Personen im mittleren Erwachsenenalter (46- bis 55-Jährige = 44,3 Prozent).

Altersgruppenunterschiede von ähnlichem Ausmaß finden sich spiegelbildlich für einige der historisch jüngeren Parteien: So liegt die Präferenz für das Bündnis 90/Die Grünen bei den 46- bis 55-Jährigen bei 16,0 Prozent gegenüber 3,9 Prozent bei den 76- bis 85-Jährigen. Ähnlich deutliche Unterschiede zeigen sich für die AfD (46- bis 55-Jährige = 4,3 Prozent, 76- bis 85-Jährige = 2,1 Prozent) sowie sonstige Kleinstparteien (46- bis 55-Jährige = 2,0 Prozent, 76- bis 85-Jährige = 0,5 Prozent). Ein deutlicher Rückgang über die Altersgruppen hinweg zeigt sich auch für diejenigen, die keine Parteipräferenz haben. Während der Anteil bei den 46- bis 55-Jährigen mit 28,6 Prozent am höchsten ist, ist er bei den 76- bis 85-Jährigen mit 14,8 Prozent nur halb so groß. Die Anteile der Partei Die Linke liegen zwischen 3,5 und 6 Prozent, lassen jedoch auf keinen Trend über die Altersgruppen hinweg schließen.

Abbildung 2: Parteipräferenz 46- bis 85-Jähriger 2017, nach Altersgruppen (in Prozent)

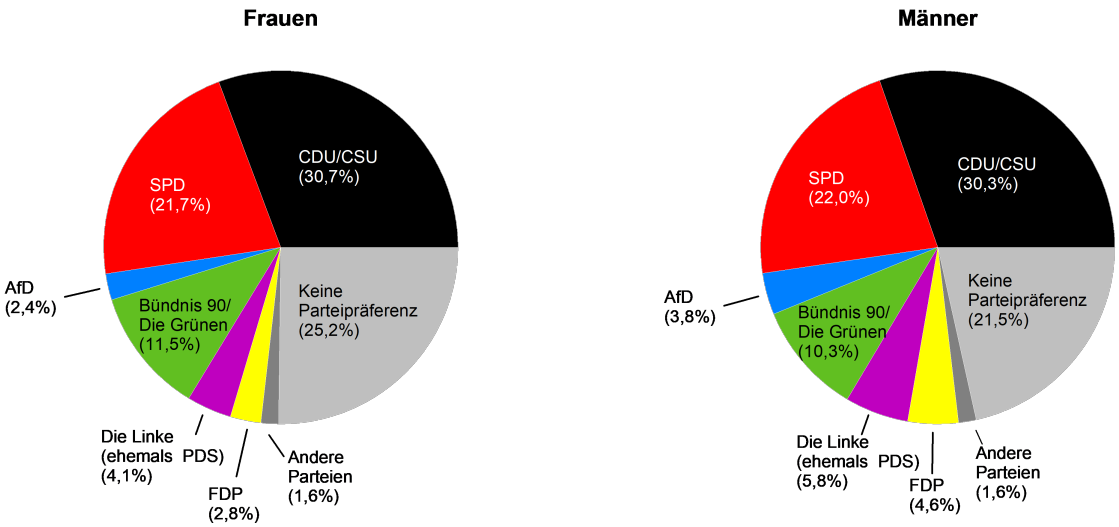


Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.170)

3. Geschlechterunterschiede

Männer und Frauen unterscheiden sich in ihrer Parteipräferenz kaum (Abbildung 3). Tendenziell zeigt sich jedoch, dass Männer etwas häufiger kleinere oder populistische Parteien präferieren als Frauen. Das wird deutlich für die AfD (3,8 Prozent der Männer gegenüber 2,4 Prozent der Frauen), Die Linke (5,8 Prozent gegenüber 4,1 Prozent) sowie die FDP (4,6 Prozent gegenüber 2,8 Prozent). Im Gegenzug liegt der Anteil der Frauen ohne spezifische Parteipräferenz mit 25,2 Prozent etwas über dem Anteil bei den Männern mit 21,5 Prozent.

Abbildung 3: Parteipräferenz 46- bis 85-Jähriger 2017, nach Geschlecht (in Prozent)

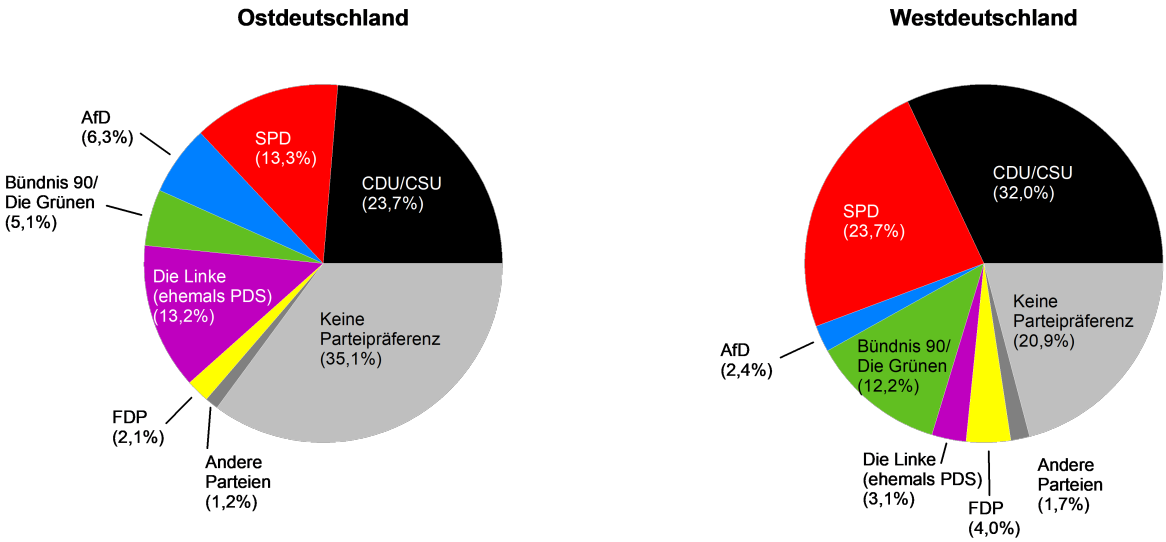


Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.170)

4. Regionale Unterschiede

Die Abbildungen 4 und 5 illustrieren regionale Unterschiede in der Parteipräferenz. Die Verteilungen belegen zunächst deutliche Unterschiede in der Parteipräferenz zwischen Ost- (neue Bundesländer) und Westdeutschland (alte Bundesländer) (Abbildung 4). In Westdeutschland haben die länger bestehenden (Volks-)Parteien eine deutlich stärkere Position als in Ostdeutschland. So kommen die CDU/CSU in Westdeutschland auf einen Anteil von 32,0 Prozent (gegenüber Ostdeutschland: 23,7 Prozent), die SPD auf 23,7 Prozent (gegenüber 13,3 Prozent), das Bündnis 90/Die Grünen auf 12,2 Prozent (gegenüber 5,1 Prozent) und die FDP auf 4,0 Prozent (gegenüber 2,1 Prozent). Die Parteien des stärker linken und stärker rechten Spektrums erfahren hingegen in Ostdeutschland vergleichsweise stärkeren Zuspruch: So liegen hier der Anteil der AfD bei 6,3 Prozent (zum Vergleich in Westdeutschland: 2,4 Prozent) und der Anteil Der Linken bei 13,2 Prozent (gegenüber 3,1 Prozent). Auch ist ein wesentlich größerer Anteil der 46- bis 85-Jährigen in Ostdeutschland ohne Präferenz für eine Partei (35,1 Prozent) als in Westdeutschland (20,9 Prozent).

Abbildung 4: Parteipräferenz 46- bis 85- Jähriger 2017, nach Ost- und Westdeutschland (in Prozent)

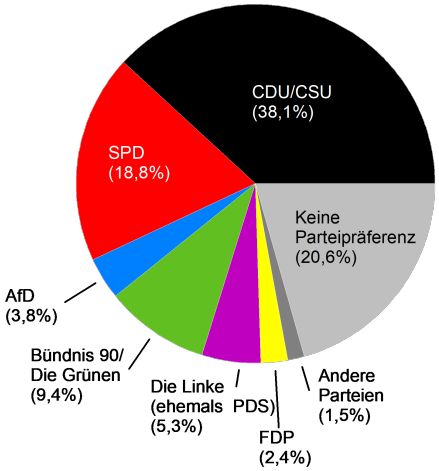


Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.170)

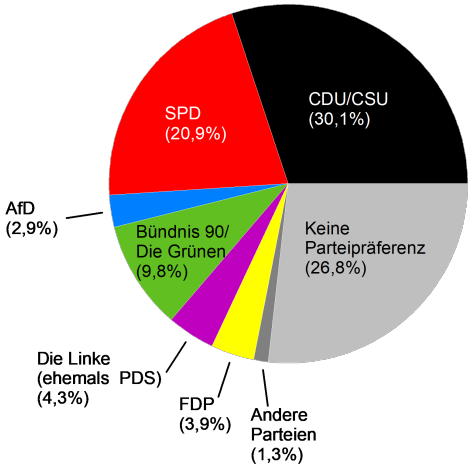
Die Parteipräferenzen variieren auch deutlich je nach Größe des Wohnortes. Personen, die in ländlichen Gemeinden leben präferieren vergleichsweise häufiger die CDU/CSU (38,1 Prozent) aber auch die AfD (4,1 Prozent). Personen in Großstädten präferieren vergleichsweise häufiger die SPD (25,9 Prozent) und das Bündnis 90/Die Grünen (14,6 Prozent). In Kleinstädten und Städten mittlerer Größe sticht vor allem ein relativ hoher Anteil von Personen ohne Parteipräferenz heraus (26,8 Prozent).

Abbildung 5: Parteipräferenz 46- bis 85 Jähriger 2017, nach Stadt-Land (in Prozent)

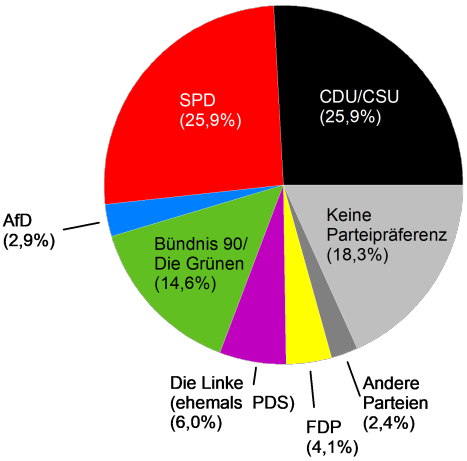
Bis unter 5.000 Einwohner



5.000 bis unter 100.000 Einwohner



100.000 Einwohner und mehr



Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.170)

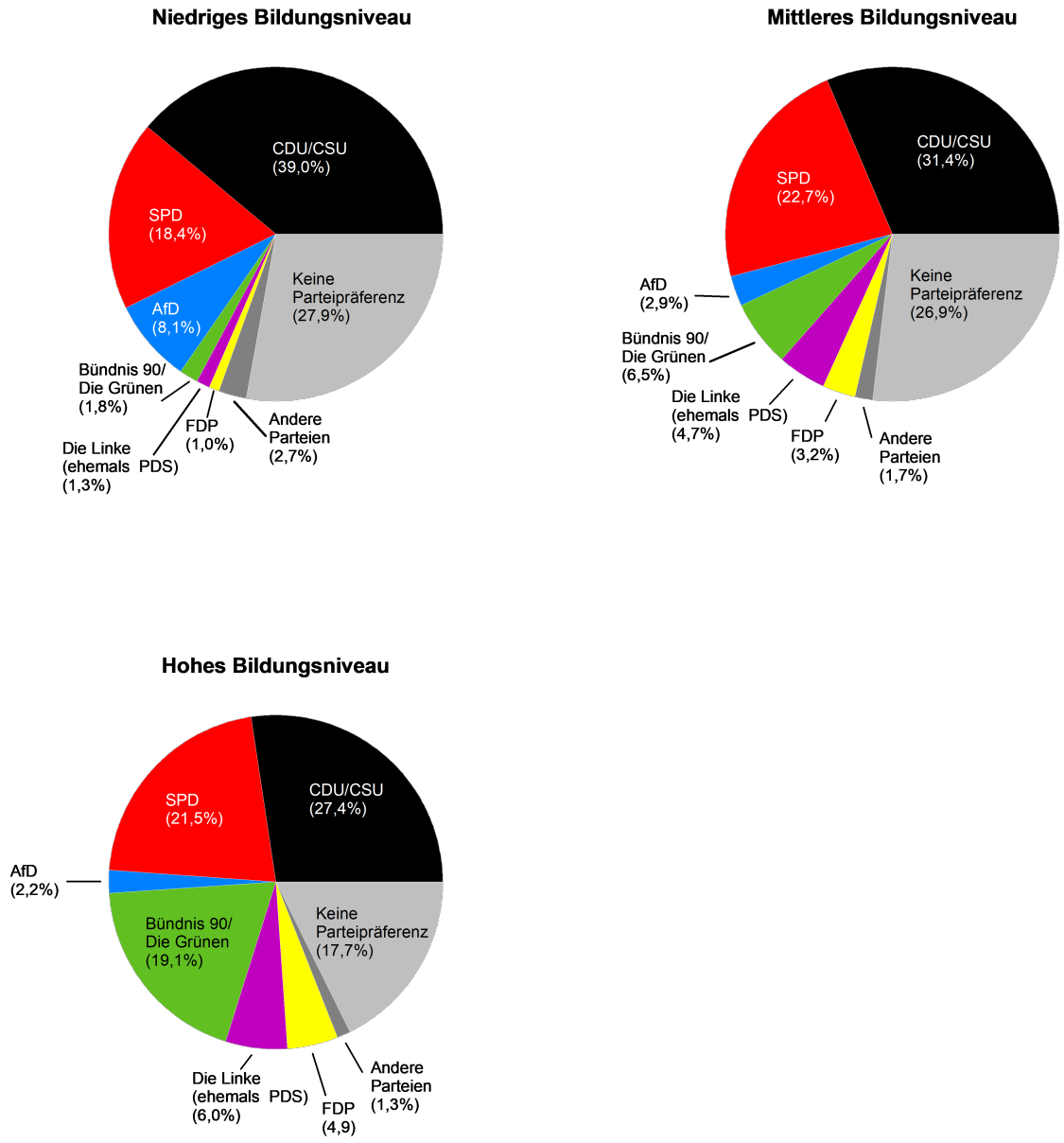
5. Parteipräferenz und formales Bildungsniveau

Das formale Bildungsniveau wird anhand des ISCED-Standards abgebildet (UNESCO 2006). Es werden drei Gruppen vergleichend betrachtet: Personen ohne beruflichen Abschluss (niedriges Niveau), mit betrieblichem oder berufsbildend-schulischem Abschluss (mittleres Niveau) und Personen mit abgeschlossener Aufstiegsfortbildung wie Meisterabschluss oder (Fach-)Hochschul- oder Universitätsabschluss (hohes Niveau).

Personen zwischen 46 und 85 Jahren ohne Berufsabschluss haben eine im Vergleich zu den anderen Bildungsgruppen häufigere Präferenz für die CDU/CSU (39,0 Prozent), die AfD (8,1 Prozent) sowie Kleinstparteien (2,7 Prozent). Personen mit Berufsabschluss bevorzugen vergleichsweise häufiger das Bündnis 90/Die Grünen (6,5 Prozent und 19,1 Prozent), Die Linke (4,7 Prozent und 6,0 Prozent) sowie die FDP (3,2 Prozent und 4,9 Prozent).

Die einzige Partei, die in allen Bildungsgruppen nahezu gleich stark präferiert wird, ist die SPD mit Anteilen um jeweils ein Fünftel. Eine fehlende Parteipräferenz ist bei Personen mit hoher Bildung am geringsten verbreitet: 17,7 Prozent (im Vergleich zu 27,9 Prozent und 26,9 Prozent in den beiden anderen Bildungsgruppen).

Abbildung 6: Parteipräferenz 46- bis 85-Jähriger 2017, nach formalem Bildungsniveau (in Prozent)

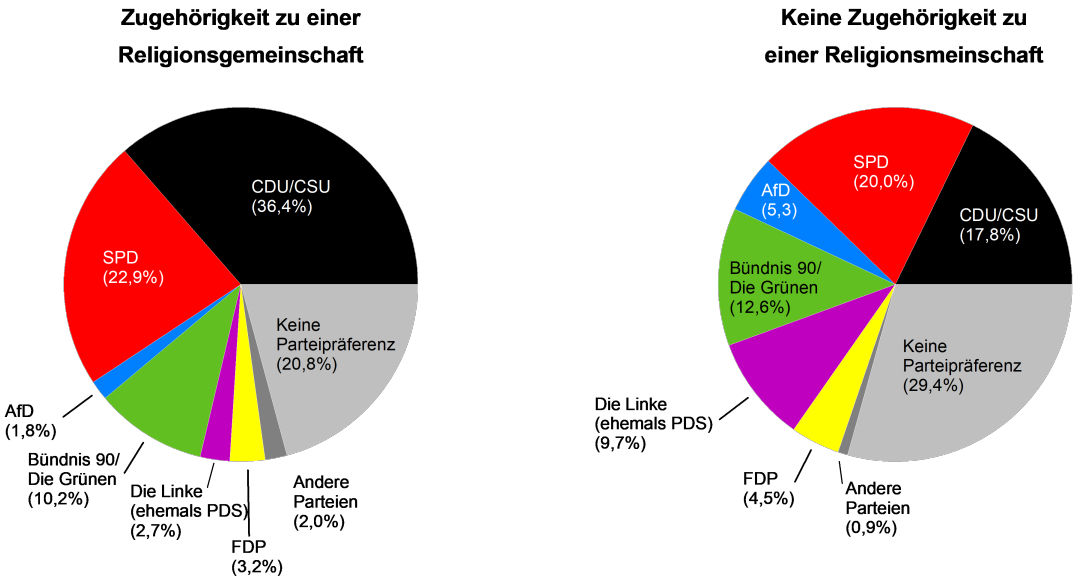


Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.170)

6. Parteipräferenz und Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft

Untersucht man die Parteipräferenz danach, ob die Person einer Religionsgemeinschaft angehört oder nicht, so zeigt sich, dass Personen mit Konfessionszugehörigkeit vergleichsweise häufig der CDU/CSU zugeneigt sind (36,4 Prozent). Zum Vergleich: Bei Personen ohne Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ist der Anteil mit 17,8 Prozent nur halb so groß. Sie tendieren eher zu kleineren Parteien. So präferieren sie relativ häufig politisch stärker rechts und links ausgerichteten Parteien: die AfD mit 5,3 Prozent (im Vergleich zu 1,8 Prozent) und Die Linke mit 9,7 Prozent (im Vergleich zu 2,7 Prozent). Ihre Anteile fallen aber auch beim Bündnis 90/Die Grünen etwas höher aus mit 12,6 Prozent (im Vergleich zu 10,2 Prozent) sowie bei der FDP mit 4,5 Prozent (im Vergleich zu 3,2 Prozent). Gleichzeitig haben Personen ohne Konfessionszugehörigkeit deutlich häufiger keine Parteipräferenz: 29,4 Prozent (im Vergleich zu 20,8 Prozent).

Abbildung 7: Parteipräferenz 46- bis 85-Jähriger nach Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, 2017 (in Prozent)



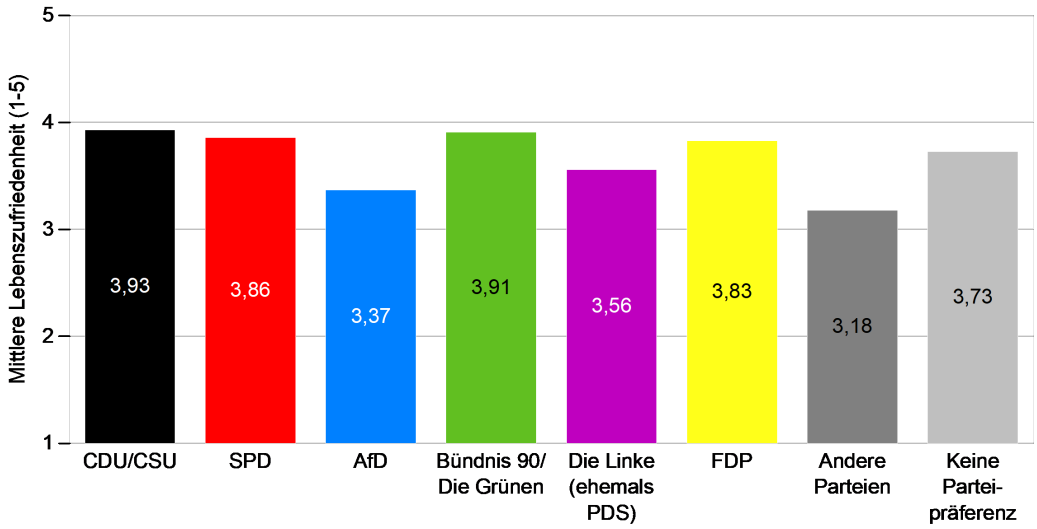
Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.100)

7. Parteipräferenz und Lebenszufriedenheit

Ein leichter Zusammenhang zeigt sich auch zwischen Parteipräferenz und allgemeiner Lebenszufriedenheit. Die Messung der Lebenszufriedenheit orientiert sich an einer etablierten Skala („satisfaction with life“ nach Pavot & Diener 1993) und erfolgt anhand von fünf Fragen wie beispielsweise: „*Meine Lebensbedingungen sind hervorragend.*“ Aus den Antworten wird ein Mittelwert gebildet, der von „gar nicht zufrieden“ (Wert 1) bis „sehr zufrieden“ (Wert 5) reicht.

In der Tabelle 8 sind mittlere Zufriedenheitswerte je nach Parteipräferenz abgebildet. Demnach sind diejenigen im Durchschnitt am zufriedensten, die eine der lang etablierten Parteien präferieren: CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (mittlere Zufriedenheit jeweils zwischen 3,8 und 3,9). Die geringste Lebenszufriedenheit haben Personen, die der AfD zugeneigt sind (3,4) oder einer der Kleinstparteien (3,2).

Abbildung 8: Mittlere Lebenszufriedenheit 46- bis 85-Jähriger nach Parteipräferenz, 2017



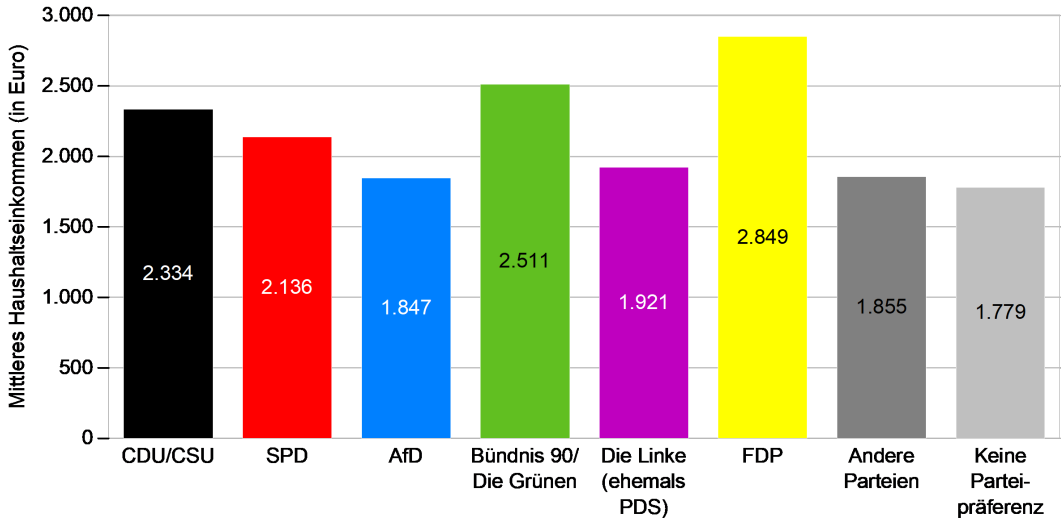
Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 5.150)

8. Parteipräferenz und Einkommenssituation

Die Einkommenssituation der 46- bis 85-Jährigen wird über das Äquivalenzeinkommen abgebildet. Dabei handelt es sich um das Einkommen aller Haushaltsmitglieder, das die Anzahl und das Alter der im Haushalt lebenden Personen berücksichtigt (nach neuer OECD-Skala).

Das höchste durchschnittliche Haushaltseinkommen erzielen demnach diejenigen, die der FDP zugeneigt sind (mittleres Haushaltseinkommen = 2.849 Euro), gefolgt von Personen, die das Bündnis 90/Die Grünen präferieren (2.511 Euro). Personen ohne Parteipräferenz leben in Haushalten mit dem geringsten durchschnittlichen Haushaltseinkommen (1.779 Euro). Vergleichsweise gering fallen auch die Einkommen derer aus, die die folgenden Parteien präferieren: die AfD (1.847 Euro), sonstige Kleinstparteien (1.855 Euro), Die Linke (1.921 Euro). Im mittleren Einkommenssegment bewegen diejenigen, die die CDU/CSU (2.334 Euro) oder die SPD (2.136 Euro) präferieren.

Abbildung 9: Mittleres Einkommen 46- bis 85-Jähriger nach Parteipräferenz, 2017



Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Deutscher Alterssurvey, gewichtet (n: 4.963)

Die Analyse belegt einen gewissen Wandel der Parteipräfenz hin zu mehr Pluralität. Zudem zeigt sie, dass eine Reihe demografischer sowie sozio-ökonomischer Merkmale die individuelle Neigung zu einer Partei mittragen.

Insgesamt betrachtet ist die Parteipräfenz ein gutes Instrument, um die politische Stimmung im Land zu messen und Langzeittrends nachzuvollziehen.

Literatur

Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E. & Stokes, D. E. (1960). *The American voter*. Chicago: University of Chicago Press.

Klaus, D., Engstler, H., Mahne, K., Wolff, J. K.,Simonson, J., Wurm, S. & Tesch-Römer, C. (2017). Cohort profile: the German Ageing Survey (DEAS), *International Journal of Epidemiology*, 46 (4), 1105–1105g. DOI: https://doi.org/10.1093/ije/dyw326

Klaus, D., Engstler, H. & Vogel, C. (2019): Längsschnittliches Design, Inhalte und Methodik des Deutschen Alterssurveys (DEAS). In: Vogel, C., Wettstein, M., Tesch-Römer, C. (Hrsg.), *Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte. Älterwerden im sozialen Wandel* (S. 17-34). Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25079-9_2

Marcinkiewicz, K. (2019). Parteiidentifikation und Alter: Eine empirische Analyse am Beispiel Hamburgs. In: Steinbrecher M., Bytzek E., Rosar U. (Hrsg.), *Identität - Identifikation - Ideologie. Wahlen und politische Einstellungen (*S. 57-82). Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25604-3_2

Pavot, W., & Diener, E. (1993). Review of the satisfaction with life scale. *Psychological Assessment,* 5, 164-172. DOI: https://doi.org/10.1007/978-90-481-2354-4_5

Searing D., Schwartz J. & Lind A. (1973). The structuring principle: Political socialization and belief systems. The American Political Science Review, 67(2), 415-432. DOI: https://doi.org/10.2307/1958774

Sears D. & Funk C.L. (1999). Evidence of the long-term persistence of adults' political predispositions, The Journal of Politics, 62(1), 1-28. DOI: https://doi.org/10.2307/2647773

Impressum

Reis, M., & Klaus, D. (2020). Parteipräferenzen der 46-85-Jährigen im Wandel [DZA-Fact Sheet]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. https://doi.org/10.60922/cec7-4v34

ISSN: 2944-1048

Creative Commons CC-BY-Share Alike 4.0

Erschienen im Dezember 2020.

Das DZA-Fact Sheet ist ein Produkt der Wissenschaftlichen Informationssysteme im Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin. Das DZA wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

www.dza.de